67. Jahrgang Nr. 405

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Freitag, 29. August 1919

Das Maß ist voll!

General Golz „verbietet" die Agitation gegen den Uebertritt in russische Dienste. — Die „schwarz-rot-goldene Judenfahne".

Trotz aller Warnungen der verschiedensten Kreise hat die Reichsregierung dem Treiben reaktionärer Offiziere ruhig zugesehen oder doch nicht das getan, was hätte geschehen müssen. Jetzt ist endlich ein Zustand erreicht, der nicht gut mehr übertroffen werden kann. Die „Freiheit" veröffentlicht den folgenden Korpsbefehl des Generals Grafen von der Goltz, dessen Division in Kurland offen gegen die Befehle der Reichsregierung revoltiert:

„Generalkommando 6. Reserve-Korps,
Abt. Ia. 971. 19. Geheim.
Mitau, den 31. 7. 1919.
Korpsbefehl.

In der russischen Angelegenheit sind einige Fortschritte zu verzeichnen. Die finanzielle Frage bedarf aber noch der Lösung.

Trotz der vorhandenen Schwierigkeiten halte ich es für falsch, wenn einzelne Führer direkt gegen den Uebertritt in russische Dienste Propaganda treiben. Dafür ist es zu wichtig, daß an Stelle des abberufenen 6. Reservekorps ein anderer Truppenkörper in dem von uns befreiten Gebiet die Bekämpfung des Bolschewismus übernimmt.

Wer gegen den Uebertritt in russische Dienste Agitation treibt, sollte daran denken, daß dieselbe Agitation von deutschen Spartakisten, Engländern und Letten getrieben wird.

Ich befehle daher, daß dieser Agitation scharf entgegengetreten wird.

Den Truppenführern wird in sehr absehbarer Zeit mitgeteilt werden, ob der für Deutschlands Sicherheit wichtige Plan ausführbar erscheint. gez. Graf von der Goltz."

Man kann leider dem unabhängigen Blatte nicht unrecht geben, wenn es sagt, daß die Handlungsweise dieses Generals an Landesverrat grenzt. Die Regierung muß vor allem jetzt dafür Sorge tragen, daß ihren Befehlen Achtung verschafft wird, und daß nicht deutsche Soldaten an die zaristischen Generale verhandelt werden.

Es ist gewiß jetzt schwer, dem renitenten General beizukommen der sich nicht auf deutschem Boden befindet. Wie notwendig aber auch das Aufräumen zu Hause tut, geht aus folgender Zuschrift hervor, die ein Angehöriger der „Reichswehr" dem „Vorwärts" schickt:

„Am 26. August war vom 3. Bataillon R.-W.-R. 18 in Pinneberg (Holstein) Parade vor dem Regimentskommandeur Oberst v. Ledebour. Das Bataillon setzt sich aus dem Minenwerfer-Detachement Heuschkel und zwei Radfahrer-Kompagnien zusammen. Die Minenwerfer-Kompagnien zogen mit schwarz-weiß-roten Fahnen durch die Stadt zum Paradeplatz. Als ich unserem Kompagnie-Kerlich sagte, das wäre Unfug, antwortete Mitmeister Schimmelpfennig von der Kav.-M.-G.-Abt. 40, das ginge mich gar nichts an. Ich antwortete, die Reichswehr mit ihren Offizieren haben sich verpflichtet, die Regierung zu schützen und zu stützen. Darauf antwortete mir Rittmeister Schimmelpfennig: „Wir sollen wohl die schwarz-rot-goldene Judenfahne verantragen." Ich antwortete: „Jawohl, es ist die jetzige Reichsflagge", worauf alle umwohnenden Offiziere in ein Konies Gelächter ausbrachen. Ich erklärte „Wir müssen doch die Befehle und Vorschriften der jetzigen Regierung befolgen", worauf Rittmeister Schimmelpfennig antwortete: „Was will diese Regierung! Wenn sie was will, dann fliegt sie." Er zeigte dabei das Bild aus der „Illustrierten Zeitung", wo Noske und Ebert in Badehosen abgebildet sind, unter dem lauten Gelächter der Soldaten und ihren höhnischen Bemerkungen, wie Reste mit dem Schnapsbudiverdauch" und „Ebert, der Volksverräter".

Ich zog mich zurück, da ich gegen eine zehn Offiziere nichts ausrichten konnte. Die Paradeaufstellung begann. „Deutschland, Deutschland über alles" wurde gepfiffen. Alsdann erfolgte der Vorbeimarsch im strammen Schritt, was nach Reichswehrvorschrift gar nicht zulässig ist.

Wir haben hier eine rein reaktionäre Truppe. Es wird öffentlich von den Offizieren ausgesprochen, daß sie noch königstreu bis in die Knochen sind. Wer irgend nur sozialistischer und demokratischer Gesinnung verdächtig ist, wird, wenn er seine Gesinnung öffentlich vor den Offizieren bekennt, ausgelacht. Alles, was nicht gerade ist, wird entlassen, unbekümmert dessen, daß die Truppe, denn nur junge Leute von 18 bis 19 Jahren behält. Um so besser. Diese sind's, die nur mit den schwarz-weiß-roten Fahnen laufen.

Die Reaktion marschiert. Da gibt es keinen Zweifel. Die Offiziersbefehlen die Leute immer mehr in die Hand. Denn bist du nicht willig, dann geht du. So sind denn nach und nach alle diejenigen bei uns ausgetreten, die den Kurs nach rechts nicht mitmachen wollen. Leider. Als Demokrat bäumt sich einem das Herz auf, wenn man das mitmachen muß."

Diese Zustände sind um so gefährlicher, als von einer zielbewußten konservativen Reaktion offen auf den Bürgerkrieg losgesteuert wird.

Die Kohlenfrage das Weltproblem.

Internationale Regelung der Kohlenwirtschaft.

Im heutigen Morgenblatte hatten wir das Ergebnis der Verhandlungen mit der Entente in der Kohlenfrage mitgeteilt. Frankreich begnügt sich damit vorläufig mit einer jährlichen Lieferung von 20 Millionen Tonnen anstelle der im Friedensvertrage verlangten 40 Millionen. Der neue Lieferungsplan ist gewiß noch immer ungeheuer, die Tatsache, daß die Alliierten, namentlich Frankreich, in diesem Punkte mit sich reden ließen, darf aber begrüßt werden. Denn sie ist ein Beweis dafür, daß in einer Frage, die alle Länder angeht, jetzt wohl eine Verständigung erzielt werden kann, wenn auf allen Seiten der gute Willen dazu vorhanden ist. Da die Kohlenfrage mehr als jede andere ein europäisches Problem ist, trennt uns eine vielleicht nicht mehr allzu lange Zeit von dem Tage, wo eine internationale Regelung der Kohlenwirtschaft einsetzen wird. Otto Hue, der Bergarbeiterführer, hat sich bereits mit Energie für den Gedanken

Eberts Rede in Stuttgart.

Die Schaffung der Reichseinheit. — Der „Appell an alle Menschenfreunde" um Mitarbeit an der Befreiung unserer Gefangenen.

In seiner Rede bei der gestrigen Begrüßung in Stuttgart führte der Reichspräsident Ebert u. a. aus:

„Als Badener dem Schwabenland kein Fremder, fühle und denke ich mit Ihnen und habe Verständnis für die Sorgen meines Vaterlandes, aber es muß doch eins berücksichtigt werden: Wir sind an die Schaffung der Verfassung gegangen nach einem furchtbaren Krieg, nach einem Zusammenbruch auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, wie ihn noch kein Volk erlebt hat. Dazu sind uns Friedensbedingungen aufgezwungen worden von eminenter wirtschaftlicher und politischer Tragweite. Das machte es notwendig, die vorhandenen Kräfte des Reichs möglichst zusammenzufassen in eine einheitliche geschlossene Organisation.

Zur

auswärtigen Politik

sagte der Präsident unter anderem: „Unsere Stellung zum Ausland ist so ungeheuer schwierig und unglücklich, wie sich nur denken läßt, und wenn wir dem Ausland gegenüber die Stellung uns wiedererobern und erhalten wollen, die wir brauchen, um leben zu können, dann ist es notwendig, **daß wir ohne Unterschied der Stammeseigenschaften Schulter an Schulter uns fest zusammenschließen und eine einheitliche Front gegenüber dem Ausland bilden.** Dementsprechend müßte auch die auswärtige Politik ganz in die Hand der Reichsleitung gelegt werden. Denn werden wir gezwungen, uns immer mehr zu vereinheitlichen." Sodann äußerte sich Ebert über den Bestand unseres Heeres: „Es blieb leider herzlich wenig an Soldaten übrig. Was lag da näher, als unsere verschiedenen militärischen Kräfte in eine Hand zu legen und diese Einheitlichkeit zu organisieren, um sie ungehemmt im ganzen Reiche verwenden zu können."

Der Präsident ging zu der wirtschaftlichen Frage über: „Die Eisenbahnen waren ein Stolz der Staaten. Die Zeiten sind vorüber, und doch bilden sie die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens. Darum halte ich es für wichtig, sie ebenfalls unter einheitliche Leitung zu bringen; doch dürfen Sie versichert sein, daß auch hierbei die Interessen der süddeutschen Staaten gewahrt werden. Sodann bildet

die Steuerfrage ein böses Kapitel.

Ein vielfaches von dem, was früher ausreichte, um unsere Gliedstaaten und unsere Gemeinden zu finanzieren, muß heute unseren Gegnern zugeführt werden. Das können wir nicht, wenn wir keine Möglichkeit haben, die Finanzen des Reiches einheitlich auf die Leistungen einzustellen. Das sind die wichtigsten Gebiete, die nach der neuen Verfassung vereinheitlicht worden sind. Im übrigen ist der Charakter des Föderativstaates vollauf gewahrt."

Sodann sprach der Präsident über die wirtschaftlichen Sorgen: „Die Verfassung ist aufgebaut auf der Grundlage der Demokratie. Jeder hat das Recht der freien Meinungsäußerung und der freien politischen Betätigung, **aber Freiheit ohne Zügel und Schranken ist Anarchie.** Diesen Weg gehen wir nicht mit. Jeder hat neben seinen Rechten im Staate auch Pflichten, und nachdem nun von der nach dem freiesten Wahlrecht der Welt gewählten Nationalversammlung die Verfassung des Reiches festgestellt worden ist, **verlangen wir von jedem, mag er stehen, wo er will, daß er diese Verfassung respektiert.** Es wird uns aufgegeben, ihr den notwendigen Respekt zu verschaffen. Das gilt auch für die Pflichten des Einzelnen gegenüber unserem gemeinsamen Wirtschaftsleben.

Wir können nicht zulassen, daß in wahnsinniger Verblendung die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens durch sinnlose Streiks systematisch zerstört werden.

Was vom Reich geschehen kann, um die Kohlenversorgung sicherzustellen und berechtigte Ansprüche zu befriedigen, das wird geschehen mit allen Mitteln, die wir besitzen."

Schließlich gedachte der Präsident der **Kriegsgefangenen** und gab die Versicherung ab, daß alles, was in den Kräften der Regierung stand, getan wurde, um unsere kriegsgefangenen Brüder sobald als möglich in die Heimat zurückzuführen. Leider würden der Durchführung der englischen Bereitwilligkeit, jeden Tag etwa 2000 deutsche Kriegsgefangene zurückzuführen, im Obersten Rat in Paris neuerlich Schwierigkeiten gemacht. „Ich benutze", fuhr der Präsident fort, **„diese Gelegenheit, um an alle Menschenfreunde der Welt den dringenden Appell zu richten, uns in diesem Kampfe um die Befreiung unserer Brüder beizustehen. Es gibt kein Menschenwerk, das edler ist, als die Befreiung unserer unschuldigen Kriegsgefangenen in Frankreich und in England.** (Bravo.) In diesem Sinne, meine Herren, möchte ich schließen und Sie bitten, mit mir das Glas zu erheben, daß es unserer gemeinsamen Arbeit gelingen möge, ein einheitliches, geschlossenes Reich und ein unzertrennbares Zusammenstehen aller Volksstämme herbeizuführen. Ich bitte, mit mir einzustimmen in den Ruf: Unser geliebtes deutsches Vaterland lebe hoch!"

In Karlsruhe.

Karlsruhe, 29. August.

Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Noske sind heute vormittag hier eingetroffen. Zur Begrüßung auf dem Bahnhof hatte sich Staatspräsident Geiß mit den Spitzen der Zivil- und Militärbehörden eingefunden. Die Gäste begaben sich in die Wohnung des Staatspräsidenten, wo eine Besprechung mit Mitgliedern der badischen Regierung stattfand.

Neuer Putsch der Landauer Hochverräter.

Gewaltakte in Ludwigshafen.

Mannheim, 29. August.

Von der Pfalz-Zentrale läßt folgende Meldung ein: Ein neuer Putschversuch der Landauer Hochverräter in der Pfalz. Der seit einigen Tagen **erwartete und bereits früher angekündigte Putschversuch der Landauer Hochverräter scheint heute nacht in der Pfalz in Szene gesetzt worden zu sein. Bis jetzt liegen nur Meldungen von Ludwigshafen vor. Dort machte nach 12 Uhr eine Anzahl Anhänger von Haaß den Versuch, das Hauptpostamt zu besetzen.** Der Versuch scheiterte zunächst an dem Widerstand der treuen Beamten. Zwischen 3 und 4 Uhr heute morgen wurde der Versuch von einer größeren Menschenmenge wiederholt, wobei die Hochverräter Handgranaten benutzten. Es sollen auch französische Soldaten dabei gewesen sein. Die Beamten leisteten wiederum kräftigen Widerstand, wurden aber anscheinend überwältigt. Der Vorstand des Hauptpostamtes sowie ein Unterbeamter — Namen sind noch nicht festgestellt — wurden im Kampfe getötet. Heute morgen ist das Hauptpostamt von französischen Soldaten besetzt, die jeden Eintritt in das Gebäude verweigern.

Mittweida von der Reichswehr besetzt.

Mittweida, 29. August.

Heute in den frühen Morgenstunden nahten ohne Zwischenfall, gleichzeitig von mehreren Seiten, Reiterabteilungen hier ein, ohne Widerstand zu finden. Der Grund zu dem Einmarsch ist das Verhalten demonstrierender Arbeitsloser am 9. August gegenüber einem Grenzjägerkommando, das in Mittweida Quartier machen sollte. Die Besetzung dient zur Wiederherstellung des Ansehens der Regierung, Festnahme der Rädelsführer bei der Entwaffnung der Quartiermacher und Beschlagnahme der Heereswaffen, welche sich im unberechtigten Besitz von Einwohnern der Stadt befinden.

Ein geschäftstüchtiger Arbeiterrat.

Ueberstundenbezahlung für Versammlungsbesuch.

Eine interessante Rechtsentscheidung hat der Zentralarbeiterrat des Siemens-Konzerns getroffen. Der Direktion des Glühlampenwerkes der Siemens-Werke wurde die Mitteilung gemacht, daß die dortigen Arbeiterräte Mechenberg, Lockert und Eisenschof dem Lohnbureau wöchentliche Aufstellungen über 60 bis 65 Arbeitsstunden einreichten, die auch bezahlt wurden, obwohl die Arbeitszeit für alle Angestellten des Werkes auf 46½ Stunden pro Woche festgesetzt war. Die drei Arbeiterräte ließen sich jede Arbeitsstunde mit 3,30 Mark bezahlen, erhielten also wöchentlich im Durchschnitt annähernd 50 Mark mehr als die anderen Arbeiter. Es wurde eine Untersuchung des Falles eingeleitet, und die drei Arbeiterräte erklärten, daß sie den Besuch der Versammlungen nach Dienstschluß sowie sonstige Tätigkeit „im Interesse der Arbeiterschaft" als Dienst betrachteten und dafür von der Firma auch Bezahlung verlangten. Infolgedessen übergab die Direktion die Lohnschiebungen der drei unabhängigen Arbeiterräte dem Zentralarbeiterrat, und dieser fällte die Entscheidung, daß hier eine unrechtmäßige Bereicherung der drei Genannten vorliege. Der Zentralarbeiterrat enthob die geschäftstüchtigen Herren sofort ihres Postens und zwang sie, in einer öffentlichen Versammlung die Erklärung abzugeben, daß sie Lohnschiebungen begangen und einen unrechtmäßigen Gewinn eingesteckt haben. Diese Entscheidung des Arbeiterrates des Siemens-Konzerns ist für weite Kreise von Bedeutung, da heute noch keine Grenze gezogen ist, wo bei dem Besuch von Arbeiterratsversammlungen die Vertretung der Arbeiterschaft aufhört und die private Tätigkeit des Arbeiterrates beginnt.

Für Einführung der Akkordarbeit. Bei einer Urabstimmung in dem Betriebe der Firma Karl Zeiß in Jena über die Einführung der Akkordarbeit stimmten 1551 Arbeiter mit Ja, 1391 mit Nein.

Das Riesendefizit der Eisenbahn. In einem Artikel über die wirtschaftliche Bedeutung der Staatseisenbahnen sagt Staatsminister Oeser in der „Frankfurter Zeitung", daß die Ausgaben der preußischen Staatseisenbahnen im laufenden Halbjahr acht Milliarden Mark erheblich überschreiten werden.

Erfreuliche „Beurlaubungen". Wie dem „Vorwärts" mitgeteilt wird, ist der Landrat v. Stumpfeld des Kreises Franzburg durch den Minister des Innern am 23. August bis auf